

DIE LINKE.MKK Kreistagsfraktion • Geschäftsstelle • In den Steinäckern 3 • 63517 Rodenbach

An den Vorsitzenden des Kreistages des Main Kinzig Kreises  
Herrn Hubert Müller  
Barbarossastraße 16-24  
63571 Gelnhausen

**10. Juli 2009**

### **23. Kreistagssitzung am 11.9.2009**

#### **Senkung der Zinsen für Überziehungskredite bei den Kreissparkassen**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion DIE LINKE. stellt zur Sitzung des Kreistages am 11. September 2009 den folgenden **Antrag**:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Kreistag fordert die Vertreter des Kreistages in den Aufsichtsgremien der Kreissparkassen auf, sich dafür einzusetzen, dass die Zinsen für Überziehungskredite auf höchstens 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz begrenzt werden.

#### **Begründung:**

Die Banken in Deutschland bekommen derzeit von der Europäischen Zentralbank billigen Kredit. Der Leitzinssatz sank seit September 2008 von 4,25 Prozent auf 1,5 Prozent, also um 2,75 Prozentpunkte. Sie geben allerdings die Leitzinssenkung nicht an ihre Kundinnen und Kunden weiter.

Dies gilt besonders für die ohnehin sehr teuren Dispositionskredite. Der durchschnittliche Zinssatz für Überziehungskredite sank von September 2008 bis Januar 2009 lediglich von 11,98 Prozent auf 11,42 Prozent und damit deutlich weniger als der Leitzins. Bei vielen Banken liegen die Zinssätze sogar deutlich höher.

Auch im Vergleich zu anderen Krediten sind die Zinsen für Überziehungskredite außerordentlich hoch. Dies zeigt ein Vergleich mit Konsumentenkrediten mit variablem Zins, die aktuell mit durchschnittlich 5,1 Prozent verzinst werden. Der gesetzliche Zinssatz liegt bei 4 Prozent (§ 246 des Bürgerlichen Gesetzbuchs – BGB). Der gilt, wenn kein abweichender Zinssatz vereinbart ist. Kommt eine Verbraucherin oder ein Verbraucher in Zahlungsverzug im Rahmen eines Verbraucherdarlehensvertrags, ist der Verzugszins gesetzlich vorgeschrieben und beträgt für das Jahr 5 Prozentpunkte über dem Basiszinssatz (§ 497 Absatz 1, § 288 Absatz 1 BGB). Für Dispo-Kredite gibt es bisher keine entsprechende Regelung.

Viele Betriebe arbeiten zur Zeit in Kurzarbeit. Ohne den massiven und ideenreichen Einsatz dieses Instruments läge die absolute Arbeitslosenzahl im Main Kinzig Kreis derzeit schon wenigstens um 1200 Personen höher. Die Beschäftigten in Kurzarbeit haben aber erhebliche Gehaltseinbußen. Andere Beschäftigte verzichten auf Teile ihres Gehaltes, so z.B. die Beschäftigten der Woco in Wächtersbach, die ein halbes Jahr auf 20% ihrer Einkommen verzichtet haben. Trotzdem gibt es eine Reihe von Insolvenzen im Main Kinzig Kreis, angefangen mit Knauss-Tabbert über Plastal, Theimer bis zur Firma Weco, um nur die Großen zu nennen. Auch die Karstadt/Quelle Krise und die wird den Main Kinzig Kreis nicht auslassen. Hinzu kommen einige Firmen, die schon heute einen erheblichen Arbeitsplatzabbau angekündigt haben

Dunlopillo in Hanau hat 62 Kündigungen angekündigt, Heraeus Quarzglas den Abbau von 60 Stellen in Hanau und 150 Jobs in Kleinostheim. Mehr als 40 Prozent der produzierenden Betriebe haben angekündigt, in den kommenden zwölf Monaten Stellen zu streichen. Im Fahrzeugbau planen sogar 60 Prozent der Unternehmen, Personal abzubauen.

Die Banken haben zwar sofort die Sparzinsen gesenkt, bei den Krediten und insbesondere bei den Überziehungskrediten sind die Zinsen unverändert hoch und es werden erhebliche Geinnmitnahmen vorgenommen. Deshalb wäre eigentlich die richtige Antwort eine gesetzliche Begrenzung der Zinsen zum Schutze der Verbraucher. Solange dies nicht der Fall ist, sollten die Sparkassen mit gutem Beispiel vorangehen.

Mit freundlichen Grüßen



gez. Andreas Müller  
Fraktionsvorsitzender

f.d.R. Dr. Thomas Maurer  
Fraktionsgeschäftsführer